**Gesetz
über das Verfahren vor den Untersuchungsausschüssen des
Abgeordnetenhauses von Berlin**

Vom 10. August 1951*

§ 1

Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses muß den Gegenstand der Untersuchung eindeutig erkennen lassen.

§ 2

(1) Die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses bestimmt das Abgeordnetenhaus. In dem Ausschuß müssen die Parteien nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vertreten sein.

(2) Für die Mitglieder ist die gleiche Zahl von Stellvertretern zu wählen, die jedes Mitglied ihrer Partei vertreten können.

§ 3

(1) Die Untersuchungsausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die nach § 1 erforderlichen Beweise.

(2) Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden. Der Beschluß bedarf einer Zweidrittelmehrheit der nach § 2 Abs. 1 bestimmten Zahl der Mitglieder.

§ 4

Die Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet. Sie müssen insbesondere dem Ersuchen der Untersuchungsausschüsse um Beweiserhebungen nachkommen.

§ 5*

(1) Auf die Beweiserhebung der Untersuchungsausschüsse und der von ihnen ersuchten Behörden sind die Vorschriften der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Akten der Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind auf Verlangen vorzulegen. Die Vorlegung darf nicht gefordert werden, wenn der Senat auf Grund eines Beschlusses erklärt, daß das Bekanntwerden der Akten dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde.

(3) Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unverletzlich.

§ 6

(1) Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen.

(2) Der in den Untersuchungsausschüssen untersuchte Sachverhalt kann

Datum: Verk. am 17. 8. 1951. GVBl. S. 575

§ 5 Abs. 1: StPO i. d. F. v. 17. 9. 1965, BGBl. I S. 1373; GVG BGBl. III 300-2, zuletzt geändert durch EGActG v. 6. 9. 1965, BGBl. I S. 1185/GVBl. S. 1571, § 41

von den Gerichten in eigener Zuständigkeit festgestellt und beurteilt werden.

(3) Wird der einem Untersuchungsausschuß zugewiesene Untersuchungsgegenstand bereits in einem auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren behandelt, kann bis zu seiner Beendigung die endgültige Beschlußfassung des Untersuchungsausschusses zurückgestellt werden.

§ 7*

Im übrigen regelt sich das Verfahren der Untersuchungsausschüsse nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.

§ 8

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

§ 7: GOAbghs. GVBl. Sb. II 1101-1

Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin Vom 10. August 1951*

Neufassung vom 1. März 1963*

§ 1

Arten der Entschädigung

Die Abgeordneten erhalten nach Maßgabe dieses Gesetzes eine Aufwandsentschädigung, Sitzungsgelder, Erstattung der Dienstreisekosten und das Recht der freien Fahrt auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln, die sich im Besitz von Berlin befinden.

§ 2*

Aufwandsentschädigung

(1) Die Aufwandsentschädigung beträgt monatlich 35 vom Hundert der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Sie ist auf einen durch fünf teilbaren DM-Betrag aufzurunden.

Datum: GVBl. S. 579
Neuf.: GVBl. S. 354
§ 2 Abs. 4: VvB GVBl. Sb. II 100-1